

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. phil. Hans Borchers, Dresden, Postfach 1101. Druck: Carl Neumann, Dresden, Postfach 1101.

Belegpreis: Bei Abnahme von 100 Exemplaren 2.00 Mk. (einschließlich 70 Pf. für Postgebühren). Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 18.00 Mk. (einschließlich 140 Pf. für Postgebühren). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 5 Pf. für Postgebühren). Anzeigenpreis: Die erste Zeile 20 Pf. für 10 Tage, die zweite Zeile 15 Pf. für 10 Tage, die dritte Zeile 10 Pf. für 10 Tage, die vierte Zeile 7 Pf. für 10 Tage, die fünfte Zeile 5 Pf. für 10 Tage, die sechste Zeile 4 Pf. für 10 Tage, die siebente Zeile 3 Pf. für 10 Tage, die achte Zeile 2 Pf. für 10 Tage, die neunte Zeile 1 Pf. für 10 Tage, die zehnte Zeile 1 Pf. für 10 Tage.

Druck u. Verlag: Carl Neumann, Dresden, Postfach 1101. Druck: Carl Neumann, Dresden, Postfach 1101.

Kabinett Papen zurückgetreten

v. Hindenburg nimmt die Demission an

Berlin, 17. Nov. Reichskanzler v. Papen hat dem Reichspräsidenten die Gesamtdemission des Reichskabinetts angeboten. Der Reichspräsident hat den Rücktritt angenommen.

Das amtliche Kommuniqué

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 17. Nov. Am Donnerstag 7 Uhr abends gab die Pressestelle der Reichsregierung folgende Verlautbarung aus:

Der Reichskanzler erstattete am Donnerstag dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen, die er im Auftrag des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, die die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammenlegung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheinen, den Zusammenbruch dieses Kabinetts zu verhindern. Die SPD hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Koalition scharf abgelehnt. Die NSDAP hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schrittweisen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubte die Reichsregierung, die unter Einfluß aller ihrer Kräfte verfaßt hat, den ihr vom Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, im besten vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie ihn heute in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegt.

Die Handlung dabei — ohne den Grundgedanken autoritärer Staatsführung preiszugeben — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß die Kräfte in der Person in dieser ersten Stunde keinen Raum haben können. Sie wünscht, dem Reichspräsidenten den Weg zu weisen, die Kräfte zu vereinigen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann. — Der Reichspräsident nahm den Rücktritt der Reichsregierung an und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

Damit hatte eine Entwicklung ihren Abschluß gefunden, die ihren Ausgang von dem am Mittwoch etwa um die gleiche Stunde erangenen Kommuniqué über die Absicht der Kanzlerbesuche in Süddeutschland genommen hatte. In politischen Kreisen verfiel sich schon in den gestrigen Abendstunden der Eindruck, daß man in der Weimarer Republik die Kräfte der Oppositionsparteien

keinen rechten Widerstand mehr zu leisten vermochte. Man erlebte, wie schon so oft bei Regierungswechseln, jenen psychologischen Zustand, der die letzten Stunden einer Regierung einzuweichen pflegt. Die Kabinettsitzung vom Donnerstagvormittag dauerte fast drei Stunden. In ihr wurde das Antwortschreiben Adolf Hitler's an den Reichskanzler verlesen, das in den Kernpunkten ebenfalls die Kampfanlage gegen das Regierungsprogramm und die Männer der Regierung selbst aufrechterhält. Das Reichskabinett beschloß schon in den frühen Nachmittagsstunden, dem Reichspräsidenten seine Demission anzubieten. Um 5 Uhr erschied der Reichskanzler beim Reichspräsidenten.

Nach mehr als anderthalbstündiger Unterredung wurde die Demission und deren Annahme durch Hindenburg bekannt.

In den politischen Kreisen, die für eine autoritäre Präsidialregierung eintreten und jeden Rückfall in parlamentarische Methoden bekämpfen, wurde dieser Vorgang mit einiger Bestürzung aufgenommen. Man wies darauf hin, daß eine vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene autoritäre Präsidialregierung ja niemals in den Zustand eines geschäftsführenden Kabinetts übergeführt werden könne, da dies den Grundgedanken eines Präsidialkabinetts vollständig widerspreche. Man meint in diesen Kreisen, die diese Entwicklung bedauern, daß der Reichspräsident, wenn das Prinzip gewahrt würde, zwar ohne weiteres und jederzeit in der Lage wäre, eine Präsidialregierung, selbst ohne Angabe von Gründen, zu entslassen, daß aber dann ohne Bruch in der Kontinuität zur gleichen Stunde die neue Regierung mit ihrem neuen Regierungsprogramm ernannt sein müßte. Ein geschäftsführendes Präsidialkabinett stelle einen Widerspruch in sich selbst dar. In der Weimarer Republik sei man allerdings, daß auch in Zukunft an einen Rückfall in die überlebten Methoden des Parlamentarismus nicht gedacht werden würde, sondern daß der Reichspräsident entschlossen sei, das autoritäre Präsidialsystem, das auf seinem Vertrauen basiert, auch für die Zukunft unverändert aufrechtzuerhalten. Man verweist zunächst darauf, daß schon die Tatsache der

Aushaltung der sozialdemokratischen Partei,

die nicht zu den neuen Verhandlungen hinzugezogen werden soll, ein Vorgang sei, der sich durchaus von gewöhnlichen parlamentarischen Abläufen derartiger Krisen unterscheidet. Man erklärt, daß die Führer der SPD auf Grund des Tones und des Inhalts ihrer Antwort an den Reichskanzler v. Papen, als dieser pflichtgemäß zur Herbeiführung der vom Reichspräsidenten gewünschten nationalen Konzentration die Verhandlungen mit ihnen aufnehmen wollte, keinen Zutritt zu der neuen Periode von neuen parlamentarischen Verhandlungen haben sollen, die jetzt beginnen soll.

Fortsetzung auf Seite 21

Die ersten Pressestimmen

Berlin, 17. Nov. Einige Berliner Blätter nehmen bereits ausführlich zu dem Rücktritt der Regierung von Papen Stellung. Unter der Überschrift „Hitlers Vertrauen notwendig“ schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß der Rücktrittentscheid des Kabinetts trotz der Verantwortung zu begründen sei. Die Vertrauensstellung mit der Regierungsbildung sei eine der nächstliegende und gangbarste Ausweg zur Entwirrung der Krise und zur Klärung der politischen Möglichkeiten der Zukunft zu sein.

Ein Aufruf an Hitler rufe grundsätzlich keine staatspolitischen Bedenken hervor.

Und wenn sich gezeigt hätte, daß Hitler die Durchführung dieses Auftrages unmöglich sei, könnte eine andere Persönlichkeit mit der Bildung einer Regierung der großen nationalen Konzentration betraut werden. Auf jeden Fall müßte man Hitler einmal die Ehre geben. Der „Tag“ befaßt sich mit dem Gedanken der autoritären Staatsführung und schreibt, die Parteien hätten es planmäßig dahin getrieben, daß sie der obersten Gewalt des Staates direkt ihre Forderungen vortragen dürften. Der Natur der autoritären Staatsführung entsprechend, könne bei diesem Stand der Dinge die Entscheidung nur autoritär sein. Hindenburg sei Schöpfer und Garant des neuen Kurzes, von dem es keine Umkehr gebe. Er habe aus eigenem dem deutschen Volk den neuen Weg gewiesen, er solle wissen, daß heute warmes nationales Vertrauen hinter ihm stehe und ihm folgen wolle. Die „Tägliche Rundschau“ sagt, man habe diesem Kanzler bis zur allerletzten Minute Zeit gegeben, den Beweis für seinen Optimismus zu erbringen. Heute gebe es nur drei Menschen, die das Schicksal Deutschlands bestimmen. Bestimmend sei der Reichspräsident. Es gehe heute darum, daß der enge Zu-

sammenhang zwischen dem alten Marschall und dem Volk gewahrt bleibe. Entscheidend werde heute wieder die Person des Generals von Schleicher.

Genau, wo der Kurs eines unbegründeten Optimismus vor der letzten unabsehbaren Gefahr angefangen sei, werde auch General von Schleicher seine Zurückhaltung angeben müssen.

Der dritte Faktor sei Adolf Hitler. Es sei nunmehr der Augenblick gekommen, die Fäden da wieder anzuknüpfen, wo sie durch die Person des Herrn von Papen zerrissen worden seien. Der Führer der nationalsozialistischen Bewegung dürfe sich nicht länger draußen halten. Denn die Dinge trieben sonst in Deutschland einem Chaos zu, dem niemand mehr gewachsen sein werde. Es sei heute vielleicht der letzte Augenblick, die Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung in den Staat einzubauen.

Heute gehe es nicht mehr um Parteipolitik. Das „Berliner Tageblatt“ fordert nach dem Sturz Papens vor allem den radikalen Bruch mit den Methoden, mit denen unter diesem Kabinett Deutschland regiert worden sei.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt: Das Kabinett v. Papen ist an dem Gegensatz von Diktatur und Legalität gescheitert. Das ist nicht die Schuld aber es ist die Tragik dieses Kabinetts, daß bei seiner Bildung von deutschen Nationalismus und gerade auch von der NSDAP, als Anfang eines neuen Systems begründet worden ist. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ fordert jetzt endgültige Lösungen, keine neuen Übergangskabinetts und keine weiteren Vorübergehlichkeiten. Sie verlangt die Vertrauensstellung mit der Regierungsbildung auf sachlicher nationaler Basis.

Der einzige Weg

Die Entwicklung der Regierungskrise ist am Donnerstagabend rascher vor sich gegangen, als man erwartet hatte. Zwar mußte man nach den Ereignissen des Vortages damit rechnen, daß der Gesamtrücktritt des Reichskabinetts unvermeidlich geworden war. Aber nach der amtlichen Verlautbarung, daß das Kabinett bei seinen letzten, fast dreistündigen Beratungen den Beschluß über seinen Gesamtrücktritt nicht gefaßt habe und am heutigen Freitag zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten werde, konnte zunächst auf einen längeren Schwebezustand geschlossen werden. Der Besuch des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten hat aber dann endgültige Klarheit geschaffen. Papen hat Hindenburg den Gesamtrücktritt seiner Regierung angeboten, um dem Reichspräsidenten den Weg zu einer nationalen Konzentration freizumachen. Er hat damit die einzig mögliche Folgerung aus der Entwicklung der letzten Monate gezogen, die er ziehen mußte, da weder er noch der Reichspräsident gewillt war, den Boden der Verfassung zu verlassen. Innerhalb der Verfassung aber gab es für die Regierung von Papen keine Möglichkeit der Behauptung mehr, nachdem nach zweimaliger Auflösung des Reichstages eine parlamentarische Mehrheit für sie auch nicht im entferntesten gegeben war.

Das Kabinett Papen ist letzten Endes daran gescheitert, daß es die Aufgabe der nationalen Konzentration, die es sich zu Beginn seiner Amtsübernahme gestellt hatte, nicht lösen konnte. Es ist nach dem Sturz Brüning's mit dem Anspruch ins politische Leben getreten, einen grundsätzlichen politischen Wandel in Deutschland zu vollziehen. Es hat in der Tat diesen Wandel eingeleitet. Denn als Brüning zurücktreten mußte, führte mit ihm das schwarz-rote Nachrevolutionssystem, nachdem sein letzter Vertreter vergeblich versucht hatte, mit den Methoden eines autoritären Staatsführung Demokratie und Parlamentarismus durch ihre vorübergehende Ausdehnung in eine bessere Zeit hindüberezureiten. Dieser Versuch hatte sich als unmöglich erwiesen, weil Brüning, bei jedem rettenden Gedanken, mit seiner drakonischen Steuer- und Deflationspolitik den wirtschaftlichen und politischen Fortschrittsprozess des schwarz-roten Systems nicht aufhalten, sondern nur vollendet hatte. Unter seinem Regiment wuchs die nationale Bewegung in ihrer Gesamtheit trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen zu. Iener achtunggebietenden Stärke empor, die ihr über kurz oder lang die Macht verleihen mußte, das schwarz-rote System in Deutschland zu liquidieren. Mit der Berufung des Kabinetts Papen durch den Reichspräsidenten sollte dieser unvermeidliche Entwicklungsprozess eingeleitet und womöglich durchgeführt werden.

Die Neuwahlen zum Reichstag am 31. Juli, die namentlich den Nationalsozialisten einen gewaltigen Machtzuwachs brachten, erfüllten jedoch nicht die Hoffnungen der nationalen Bewegung auf eine absolute nationale Mehrheit im Reichstage. Das Zentrum behauptete seine Schlüsselstellung. Um so mehr blieb für das Kabinett die Aufgabe bestehen, die nationale Konzentration durch eine Verändingung, namentlich mit den Nationalsozialisten, zu verwirklichen. Der Versuch dazu ist bekanntlich durch die ergebnislosen Verhandlungen mit Adolf Hitler am 18. August gescheitert. Heute ist es völlig klar, daß an diesem Tage sich bereits das Schicksal der Regierung entschieden hatte, da eine Lösung der ihr gestellten großen und unwägbaren Aufgaben ohne Bruch der Verfassung auf die Dauer nur mit dem Parlament und mit den großen Parteien zu erzielen war. Der 18. August aber bedeutete den endgültigen Bruch mit den Nationalsozialisten, während das Zentrum von Anfang an dem aus seinen Reihen stammenden Kanzler nicht verzeihen konnte, daß er es gewagt hatte, die Nachfolgerschaft Brüning's zu übernehmen und damit die Entmachtung des Zentrums in die Wege zu leiten. Die erste Arbeitsstunde des neugewählten Reichstages hatte bereits den unüberbrückbaren Gegensatz von Reichstag und Regierung zum offenen Konflikt gesteigert. Nur durch die dramatische Auflösung des kaum gewählten Parlaments konnte Papen der sofortigen Niederlage entgehen, ohne jedoch verhindern zu können, daß ihm der bereits aufgelöste Reichstag durch Abstimmung noch beschleunigte, wie untragbar schmal die parlamentarische Basis seiner Regierung geworden war. Auch die Neuwahlen konnten an diesen Tatsachen nichts ändern. Sie brachten zwar für Papen's Hauptgegner, die Nationalsozialisten und das Zentrum, gewisse Einbußen,

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 9 und 10